

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhoff, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnement: einschließlich Frachtposten mit der städtischen Unterpostamtliche "Nach der Arbeit" außerdem "Voll und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzeleinzelnummer 10 Pf.
Telegraphisch: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2324. Sprechstunden nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsamt: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 2324 und 1277. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Einzelverkaufspreis: Grundpreis: die 20 mm breite Hauptzeile 30 Pf., die 20 mm breite Nebenzeile 15 Pf., für besondere Anzeigen 20 Pf. und 2 Pf. Familienangehörigen, Siedler- und Mietzeile 40 Pf. Rabatt für Vereinsabrechnung 10 Pf.

Nr. 124

Dresden, Montag den 30. Mai 1927

38. Jahrg.

Die Kieler Woche

Von Robert Gröbja

Eine leidenschaftslose Rückschau auf den Kieler Parteitag der deutschen Sozialdemokratie darf von vornherein erwarten, daß er für einen Sozialisten der befriedigendsten Art sein wird, die seit der Verschmelzung von SPD und USPD stattfanden. Er hat gehalten, was man sich von ihm zu wünschen durfte. Es war ein Parteitag der Stärkung der Sammlung, und Hilferding konnte in seinem Schlußwort feststellen: „In der Parteitagdebatte haben sich die Gegenkräfte viel kleiner erwiesen, als man vorher erwartete.“

Nur in den ersten zwei Tagen, die dem Vorstandsvorstand galten, plagten die Meinungsverschiedenheiten die lebendige Bewegung auszeichnen. Kräftiger aufeinander zu müttern nötig war. Wir haben uns dazu schon in unserer Nummer vom vorigen Mittwoch geäußert. Ergänzt soll hier werden, daß auch der Parteivorstand von vornherein noch manches hätte tun können, um verbösende zu wirken oder Mißverständnisse zu vermeiden. Wels' Bericht bemühte sich, der Linken entgegenzukommen. Er wandte sich scharf gegen das Treiben der ehemaligen Drei und zwanziger, charakterisierte Herrn Niekisch als einen ausgeprägten Sozialisten, von dem heute dieses Gruppen der sogenannten Allsozialisten ihre Tugenden und Innenpolitik bekommen läßt — und hatte damit etwas spät eine Charakterisierung nach, für die die Sud. Geldt und Co. mindestens eine vor ihrer Abspaltung bereits reif waren. Wels vertrat den Berliner Genossen, die nicht nur ein Parteivorstandsbüro, sondern endlich ihr eigenes Berliner Parteibüro haben wollen, die Erfüllung ihrer Wünsche, soweit es Parteistatut ermöglichte. Er sagte, verschiedenen Anliegen entsprechend, die Einberufung eines preußischen Parteitages zu, der als Auftakt zu den Preußenwahlen mit der Politik unserer Landtagsfraktion beschäftigen wird, daß damit eine Preußendebatte in Kiel überflüssig wurde. Der Genosse Wels ließ sich doch auch Wendungen zuschulden kommen, die die Debatte verschärfen halfen. So, als er sich gegen die Rebi-Korrespondenz wandte, die „geschlossene Opposition um ihrer selbst willen“ gewissermaßen verbot und dem Abstimmungstreit in der Partei keinen Platz“ mehr gestatten sollte.

Was sollte das alles heißen? Woran erkennt man die grundsätzliche geschlossene Opposition? Was ist Richtungsrichtigkeit und was nicht? Welche Spielart soll gestattet sein, welche nicht? Das war alles reichlich mißverständlich und unklar. Und die Berliner Parteileitung hat in der Praxis dieser Wochen mehrfach Mißtrauen gefaßt, das bei solchen Wendungen dem Parteitag zum Ausdruck kommen muß. Um bei den Rebi-Spielarten zu bleiben, die Genosse Wels berührte: sowohl im Abstimmungstreit in den jungsozialistischen Kreisen wie den sächsischen Reihen hat er seinerzeit so falsch behauptet, daß die Endresultate gegen den Parteivorstand und die Methoden zeugen. Er tolerierte die Folgejahrer Nichtankunft und wandte sich gegen den marxistischen Flügel der Sozialisten. Die Folgejahrer sind heute nach rechts abgewandert, sind zerfallen oder bei Herrn Niekisch' Nationalismus angelassen. Die Linke blieb auf dem Boden der Partei. Der Parteivorstand hatte sein Wohlwollen während des Streits durchaus nicht denen zugewandt, die sich schließlich doch als die treueren Söhne unserer Bewegung erwiesen. Und welche Seite er in Sachen trotz aller Landestageparteitagen lange Zeit unterstützte, wie die Sache ausging, ist nicht zu bezweifeln. Die Schlingel des Parteivorstandes schließlich verknüpfte, und wie er sie brandmarken mußte, ist teils bekannt, teils in Wels' Bericht nachzulesen. Wir sind frei von Mißgunst, wir haben manche Fehler in unseren sächsischen Reihen kritisiert, aber der Parteivorstand muß auch verstehen, warum er nach den obigen Worten nicht gerade als kluger und objektiver Richter im Abstimmungstreit gilt.

Genosse Wels hat sich nach der Vorstandsvorstands-Debatte im Schlußwort bemüht, Gegenstände zu überbrücken, Mißverständnisse zu beseitigen und der Meinungsfreiheit zu entsprechen, was ihr gebührt. Wir wollen das gern anerkennen und hoffen, daß die Linke wie die Rechte samt dem Parteivorstand in der Zukunft Meinungsverschiedenheiten in kameradschaftlicher Weise zu behandeln, weiterhin die erfreulichen Fortschritte aufzuweisen, wie sie die Debatten der übrigen Tage zeigten.

So war ein besonderer ästhetischer wie politischer Genuß diese Debatte, die dem Referat Hilferding's folgte. Sie zeichnete das wirtschaftliche und politische Profil der Gegenwart: die Großindustrie — die Volksmassen, die Sozialismus — die Demokratie. Zwei Entschiedenheiten standen sich gegenüber: die des Vorstandes und die der Linken. Die letztere betonte die Verschärfung der Klassengegensätze und die Konsequenzen für den politischen Kampf mehr als die erstere und stellte die Parole: Die Sozialismus — die Kapitalismus in den Mittelpunkt. Während Hilferding meinte, daß man sich nach dieser einfachen Formulierung in der Politik nicht im Meer orientieren könne. Die Vorstandsvorstandsresolution wurde angenommen, die der Linken 83 Stimmen. Es waren mehr, die Zählung wurde nicht genau angefochten. Aber all das trat an Bedeutung hinter Inhalt und Geist der Debatte. Die Genossen

Sender, Genosse Aufhäuser und andere von der Linken begründeten ihre Resolution mit einer Sachlichkeit, einem Geschick und Geschma, die sich das Ohr des Parteitages eroberten. Die meisten der Redner aller Richtungen verzichteten auf billiges Trauflosgerede und bloße Temperamentsergüsse.

Im Mittelpunkt der Debatten standen Severings Vorlesungen. Es war interessant und charakteristisch für die Situation, daß er einen Standpunkt vertrat, mit dem er mehrfach den Beifall der Linken mobil machte. Zweifellos einer der politischsten und energiegelichsten Köpfe unserer Partei. Man möchte manchen Genossen im Parteivorstand wünschen, daß sie recht oft so zur anderen Seite zu reden verständen wie dieser Metallarbeiter und ehemalige preussische Innenminister. Er wie Löbe betonten die Notwendigkeit einer verschärften Opposition in der Reichspolitik, und zwischen ihnen auf der einen, Hermann Müller, Hilferding usw. auf der anderen Seite lief die Linie, an der sich zweierlei taktische Auffassungen schieben.

Mit dieser Debatte war der Höhepunkt des Parteitaginteresses überschritten. Noch einmal züngelte der Meinungskampf auf, als Crispian seinen Bericht der sozialistischen Arbeiterinternationale erstattete, doch man spürte, daß es sich hier zwar um Zukunftsgefahren, jedoch nicht um Fragen drehte, die in der unmittelbaren praktischen Politik des Tages eine solche Rolle spielen wie Koalition, Opposition, Ministerialismus, soziale Not usw. Entschiedenheiten lagen vor über die Fragen des Generalstreiks im Kriegsfall, Abriistung und Rüstungseinsparungen, Streikemanns Außenpolitik und internationale sozialistische Aktion. Der Unterschied zwischen unserer Außenpolitik und der bourgeoisen, kapitalistischen Streikemanns wurde in der Debatte hervor-

gehoben, das Problem der Verhinderung künftiger Kriege soll auf die Tagesordnung unserer nächsten internationalen Kongresse gesetzt werden. Und so konnte denn die Resolution Crispian-Breitfeld einmütig angenommen werden.

Der letzte Tag brachte den Bericht der Agrarkommission durch Georg Schmidt. In der Kommission waren alle Änderungsanträge durchberaten worden. Eine Fachdebatte, die eine weitere im Plenum durch den Bericht überflüssig machte. Die veränderte und verbesserte Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Im Schlußwort dankte Genosse Wels den Genossen von Kiel und Schleswig-Holstein für all das Schöne und Herrliche, das sie für diesen Parteitag getan haben. Dieser Dank bedeutet mehr als das übliche Kompliment für Gastlichkeit, und der ganze Parteitag stimmte dem Lob begeistert zu. Nichts hatten die Arbeiter der Waterkant hier versäumt, um ihre Liebe zur Sozialdemokratie zu beweisen! Alles, was sie boten, zeigte den Schmutz beharrlicher, fester, sturmprober Naturen. Vom Empfang durch das Kinderheer am Bahnhaf angefangen, flammte in allen Demonstrationen und Aufmärschen das Temperament einer Stadt, deren Arbeitermassen stolz darauf sind, im November 1918 mit den Roten die große Ummwälzung eingeleitet zu haben. In den Umzügen der Parteigenossen, des Reichsbanners, der Jugend und der Kinder, in dem Schwarzrotgold und Rot des Säufers und Straßenschmuckes, in dem Flammengleit, das abends die Genossen der Kieler Förde mit Fackeln und Feuergeräten den Aufzugsdampfern der Delegierten bereiteten, äußerten sich Wirtiges, Begeistertes und Begeistertes, und das Wort von der Waterkant wurde Landfremden in seiner ganzen herben Kraft lebendig.

Kieler Woche — das waren im alten Deutschland alljährlich im Juni jene feudalen Regattaberankungen mit fährlichem Marineklimbim, an denen die Volksmassen keinen inneren Anteil hatten. Die Kieler Woche der Sozialdemokratie aber bleibt eine Angelegenheit, die viele tausend

Rußlands Antwort an England

Eine Rechtfertigung und eine Anklage

D. Berlin, 30. Mai. (Eig. Funkspruch.)

Die russische Regierung hat dem britischen Geschäftsträger in Moskau eine von Litwinoff unterzeichnete Antwortnote überreicht, in der es heißt:

Der Beschluß der Regierung Großbritanniens, das Handelsabkommen von 1921 aufzuheben und die diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien abbrechen, ist der Sowjetregierung nicht unerwartet gekommen. Sie weiß schon längst, daß der Abbruch der Beziehungen mit der Sowjetunion durch die ganze Politik der jetzigen britischen konservativen Regierung vorbereitet wurde, die alle Anträge der Sowjetregierung auf eine Regelung der gegenseitigen Beziehungen durch Verhandlungen ablehnte.

Die Sowjetregierung weiß nachmals entschlossen alle Verhandlungen, die sie jemals das Abkommen von 1921 verteidigte, als vollkommen unerwiesen und durchaus unbegründet zurück. Die einzige Quelle dieser Verhandlungen sind eine wissenschaftliche Information, die aus anrüchigen Quellen wehrkräftiger Emigranten geschöpft wurde, und gefälschte Dokumente, mit denen die britische Regierung während der ganzen Dauer der Aufrechterhaltung der Beziehungen zur Sowjetregierung gern zu operieren pflegte.

Die Ergebnisse der Durchsicht der Handelsdelegation, die mit größter Sorgfalt einige Tage lang ausgeführt wurde, ist der berechtigte Beweis für die Loyalität und die Korrektheit der offiziellen Agenten der Sowjetunion. Die Sowjetregierung überlegt die Unterstellungen britischer Minister über eine Spionage der Handelsdelegation mit Verachtung und hält es für unter ihrer Würde, auf sie zu antworten. Die Sowjetregierung stellt fest, daß die britische Regierung sowohl für die erste Verletzung des Handelsabkommens von 1921, die ihren Ausbruch fand in einem Verstoß der Polizei auf exterritoriale Räume der offiziellen Agenten der Sowjetunion, wie auch für die zweite Verletzung, die in der Aufhebung dieser Abmachung ohne die vorgesehene sechsmonatige Kündigung besteht, keine rechtmäßige Verantwortung hat.

Es ist der ganzen Welt vollkommen klar, daß der Hauptgrund für den Bruch des Handelsabkommens die konservative Regierung in China ist und der Versuch, dieses Handelsabkommen gegenüber der Sowjetunion zu verschleiern. Ferner, daß der unmittelbare Anlaß der Kündigung der britischen Regierung ist, die öffentliche Meinung von der Ergebnisse der Durchsicht des unfairen Verfalls der Polizei auf die Krone und die Handelsdelegation anzudecken und dem britischen Minister des Innern aus der skandalösen Lage herauszuhelfen, in die er infolge dieses Verfalls geraten ist.

Die Völker der Sowjetunion und ihre Regierung gegen keine Feindschaft gegen die Völker des britischen Reiches, mit denen sie normale und freundschaftliche Beziehungen unterhalten wollten. Dies ist zweifellos auch der Wunsch der Völker des britischen Reiches. Diese normalen Beziehungen wünschte die gegenwärtige britische Regierung jedoch nicht, die dem ersten Tag ihres Bestehens anbestrebt war, die Beziehungen zur Sowjetunion im Rahmen stetiger Spannung zu erhalten und sie weiter zuzuspinnen.

Die britische Regierung zieht dem System normaler Beziehungen das System der Gewalttätigkeiten und

der Feindschaft vor. Sie hat sich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, für den sie die ganze Verantwortung übernehmen muß, im vollen Bewußtsein der Erdäuterung entschlossen, die dieser Bruch unvermeidlich in den bestehenden politischen und wirtschaftlichen internationalen Beziehungen hervorgerufen wird. Sie mußte wissen, daß der Bruch das wirtschaftliche Chaos, das Europa nach dem Weltkrieg nicht überwinden hat, verstärken und der Sache des Friedens einen schweren Schlag versetzen wird. Sie hat sich jedoch zu dieser Daudlung entschlossen, indem sie die Interessen breiter Massen des britischen Reiches und selbst der britischen Industrie opfert.

Die Sowjetregierung nimmt von diesem Akt in der vollen Ueberzeugung Kenntnis, daß er nicht allein von den Verantwortlichen, sondern auch von allen fortschrittlichen Elementen der ganzen Welt verurteilt werden wird. Sie spricht zugleich die Ueberzeugung aus, daß die Zeit nahe ist, in der das britische Volk die Möglichkeit finden wird, sein Streben nach Frieden und Wiederherstellung der normalen und freundschaftlichen Beziehungen zu den Völkern der Sowjetunion ungehindert zu verwirklichen.

Die europäische Situation besorgniserregend

Deutsch-nationale Friedensführer

Paris, 29. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Lemps stellt fest, daß die europäische Situation wieder einmal zu ernstlichen Besorgnissen Anlaß gibt. Der Bruch zwischen England und Moskau und die von der deutschen Presse als eine direkt gegen Deutschland gerichtete Wendung hingeworfene Konsolidierung der Entente cordiale hätten eine Verformung geschaffen, deren Weiterentwicklung nicht ohne Besorgnis zu betrachten sei. Als wichtigstes Gebot der Stunde könne nur das gelten, den Eindruck zu gestrichen, als ob in der Politik von Locarno ein Stillstand eingetreten sei, als ob das Wirken der Mächte zu vertrauensvoller Zusammenarbeit drute geringer sei als vor Wochen noch.

Schuld daran seien in erster Linie aber die lärmenden Kundgebungen der deutsch-nationalen Politiker und Völker, die die internationale Atmosphäre vergifteten und Stresemanns Politik, zum Schaden Deutschlands, zu paralisieren drohten. Diese Kundgebungen seien es, die das Vertrauen in die Loyalität der deutschen Friedenspolitik erschütterten und die Beziehungen zwischen Paris und Berlin trübten. Glücklicherweise aber seien alle diese tendenziösen Entstellungen durch Baldwin selbst bereits richtiggestellt worden, der ausdrücklich betont habe, daß die englisch-französische Entente ausschließlich dem Frieden diene. Die Fortsetzung der Locarno-Politik hänge lediglich vom deutschen Völker selbst ab. Die gegenwärtigen deutsch-nationalen Minister im Schoße des Reichskabinetts und ihre mehrfachen Kundgebungen seien allerdings nicht dazu angehen, das Vertrauen zu Deutschland zu stärken und Stresemanns Aufgabe zu erleichtern. Die Spannung, die neuerdings in den internationalen Beziehungen eingetreten ist, werde verschwinden können, wenn sich das deutsche Volk austraffe, sich dem Einfluß der Dage- und Rebanbestimmung zu entziehen, die in den Kundgebungen seiner rechtsstehenden Politiker und Presse unverhüllt zum Ausdruck kommen.